



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Stadtentwicklung am 26.04.2018**  
*öffentlich*

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:35 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Anja Krimmling-Schoeffler

Dr. Ulrike Wünscher

Dirk Gernhardt

Dr. Bodo Meerheim

Klaus Hopfgarten

Gottfried Koehn

Christian Feigl

Dr. Regina Schöps

Ausschussvorsitzende

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

i. V. von Herrn Schachtschneider

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Teilnahme bis 18:30 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Jana Kozyk

Matthias Lux

Dirk Neumann

sachkundige Einwohnerin

sachkundiger Einwohner

sachkundiger Einwohner

Teilnahme bis 17:47 Uhr

sachkundiger Einwohner

sachkundiger Einwohner

Teilnahme ab 16:43 Uhr

Prof. Dr. Reinhold Sackmann

Guido Schwarzendahl

### **Verwaltung**

Uwe Stäglin

Lars Loebner

Olaf Kummer

Uta Rylke

Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt

Leiter Fachbereich Planen

Stadtplaner

Stellv. Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Christoph Bernstiel

Dr. Michael Lämmerhirt

Michael Sprung

Andreas Schachtschneider

Lutz Haake

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Herr Rodney Thomas zum wohnungspolitischen Konzept**

---

**Herr Thomas** sprach zum wohnungspolitischen Konzept vor.

Er sprach von seinen Erfahrungen aus San Francisco, wo er Jahrzehnte gewohnt hatte und wo alte Wohnstrukturen den neuen weichen mussten. Er äußerte seine Bedenken, dass dies in der Stadt Halle (Saale) ebenso erfolgt und verwies auf den neuen Wohnkomplex im Paulusviertel, welcher alten traditionellen Bauten widerspricht. Weiter verwies er auf das gebaute „Königsviertel“, was seiner Meinung nach Ähnlichkeit mit amerikanischen Bürogebäuden hat. Mietsteigerungen werden in der Stadt unumgänglich sein.

**Herr Neumann** warf ein, dass dieses „Königsviertel“ den deutschen Bauherrenpreis erhalten hat.

**Frau Krimmling-Schoeffler** bat Herrn Thomas zu seiner Fragestellung zu kommen.

**Herr Thomas** fragte, ob es möglich ist, traditionelle Wohngebiete mit entsprechenden Wohnhäusern zu bebauen und verwies erneut auf das Paulusviertel, in dem es noch Hinterhöfe gibt, was Menschen lieben, anstatt nach amerikanischen Wohnmustern zu verfahren.

Durch **Herrn Stäglin** wurde auf die im Wohnungskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen im Detail verwiesen. Die Konzentration des wohnungspolitischen Konzeptes liegt auf der Wohnraumversorgung und nicht auf einem zweiten Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK). Das ISEK wurde nach einer langen intensiven Diskussion im Stadtrat beschlossen.

**Herr Stäglin** benannte beispielhaft eine Maßnahme, in welcher es darum geht, städtebauliche Strukturen zu erhalten und die bisherigen Schotterplätze, welche momentan als Stellplätze für Autos genutzt werden, wieder baulich entwickeln zu können. Es wird davon ausgegangen, dass eine Grundstruktur eines Quartiers an der Stelle, wo diese aufgerissen wurde, wieder repariert werden kann und deshalb soll über die Städtebauförderung geschaut werden, dies umsetzen zu können. Es ist angedacht, einen Baulückenmanager/-moderator einzusetzen, welcher die Eigentümer versucht zu motivieren oder mit Beratungsleistungen unterstützt, damit städtebauliche Lücken wieder repariert werden.

Er betonte, dass sein Geschäftsbereich daran interessiert ist, den Ansatz von Wettbewerbsverfahren aufzugreifen und dass in einem Wettstreit von Architekten gute Lösungen gefunden werden. Hinsichtlich des Königsviertels wies er die Kritik von Herrn Thomas zurück, da es sich hier um das Ergebnis eines Wettbewerbsverfahrens handelt. Hier erfolgte die Reparatur des Viertels mit Schaffung einer Blockstruktur, wobei auch ein begrünter Bereich im Innenhof des Blockes vorhanden ist. Deshalb widersprach er der pauschalen Formulierung von Herrn Thomas, dass die Stadt keine traditionellen Wohnhäuser erhalten will.

**Herr Thomas** machte darauf aufmerksam, dass keine Formulierung in dem Konzept enthalten ist, welche auf eine städtische traditionsreiche Baustruktur verweist. Er wollte wissen, ob dies nachträglich noch hinein genommen werden kann.

**Herr Stäglin** erwiderte, dass die Verwaltung jetzt ein wohnungspolitisches Konzept vorgelegt hat, welches in einem sehr intensiven Diskussionsprozess mit unterschiedlichen Akteuren erarbeitet worden ist. Es gibt immer die Möglichkeit, wenn Fraktionen zu den von Herrn

Thomas vorgebrachten Punkten überzeugt werden, dass diese Änderungsanträge einbringen, wozu der Stadtrat abstimmen kann, genauso wie zu dem jetzt vorgelegten Konzept.

**Herr Thomas** dankte für die Antwort.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung wurde von **Frau Krimmling-Schoeffler** eröffnet.

Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Da es keine Anmerkungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Krimmling-Schoeffler** um Abstimmung der Tagesordnung

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.02.2018
4. Diskussionsbeiträge
- 4.1. Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes (Stand der Bearbeitung sowie die Ergebnisse der Bestandsanalysen)
- 4.2. Zukunftsstadt halle.neu.stadt 2050 – Kernergebnisse aus der 2. Wettbewerbsphase des Projektes
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/03767
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Beschlussvorlage Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/04029
- 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD sowie der sachkundigen  
Einwohner\*innen Guido Schwarzendahl, Jana Kozyk, Matthias Lux und Dirk Neumann  
zum wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03767  
Vorlage: VI/2018/04035
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift vom 01.02.2018**

---

Die Niederschrift vom 01.02.2018 wurde genehmigt.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen:**      einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt/-innen:**      einstimmig zugestimmt

### zu 4      **Diskussionsbeiträge**

---

#### zu 4.1      **Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes (Stand der Bearbeitung sowie die Ergebnisse der Bestandsanalysen)**

---

**Herr Kummer** stellte anhand einer Präsentation den Bearbeitungsstand und die Ergebnisse zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes in einer verkürzten Fassung vor.

*Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.*

**Herr Prof. Dr. Sackmann** fragte zu dem erwähnten saisonalen Leerstand von 28 % nach. Ist das Angebot an Flächen deutlich gestiegen?

**Herr Kummer** erwiderte, dass die Leerstandsquote schwankt. Es haben sich einzelne Betriebe vergrößert, was insbesondere bei einzelnen Discountern sichtbar wird. Es gibt Fälle, wo von ehemals 800 qm auf 1.500 qm gegangen werden soll. Bei gleichbleibender Anzahl von Betrieben ist damit ein Aufwuchs an Fläche gegeben. Bei der Ansiedlung von Hornbach in der Stadt war gleich ein Flächenaufwuchs von 10.000 qm Verkaufsfläche. Umgedreht muss man sehen, dass bei der Aufgabe eines Standortes die entsprechende qm-Zahl dann erstmal leerstehend ist. Flächen stehen oftmals dauerhaft in den Randlagen leer, das betrifft insbesondere kleinere Läden.

**Frau Dr. Wünscher** sprach an, dass in der Stadt vermehrt auch arabische Geschäfte öffnen, die über sehr kleine Ladenflächen verfügen, aber einen sehr großen Zulauf haben. Demzufolge geht es auch anders. Sie fragte, ob es eine Erklärung gibt, wieso diese kleinen Läden über Jahre überleben können.

**Herr Kummer** antwortete, dass versucht wird, Erklärungen zu finden, dies aber nicht Gegenstand dieses Konzeptes ist. Es handelt sich hier oft um Geschäfte in einem besonderen Sortimentsbereich, vor allem im Lebensmittelbereich.

**Herr Stäglin** verwies auf die zuletzt gezeigte Folie, die eine Rückkoppelung aus der Arbeitskreissitzung darstellt. Das Thema kann an das beauftragte Büro Stadt und Handel als Impuls gegeben werden, um zu hören, welche Kenntnisse diese dazu haben. Dies kann nur außerhalb des Konzeptes diskutiert werden, da dies nicht der Rahmen dazu ist. Manche türkischen Supermarktketten in anderen Städten haben auch einmal so klein angefangen, da ist auch ein wirtschaftliches Potential drin.

**Frau Dr. Wünscher** merkte an, dass dies auch die Stadt bunter macht und verschiedene Menschen in diesen Läden auch zum Austausch zusammen kommen. Auch die Barbierläden nehmen in der Stadt stetig zu. Viele Ladenlokale, die lange leer standen, werden jetzt gefüllt mit solchen Anbietern.

**Herr Feigl** fragte, ob mögliche Sonderstandorte noch ausgewiesen werden. Gibt es einen positiven Effekt, wenn mehrere Sonderstandorte ausgewiesen werden oder ist dies eher negativ zu bewerten?

**Herr Loebner** wies darauf hin, dass diese Fragestellung auch im Konzeptteil enthalten ist. Es gibt viele Einzelhandelskonzepte, die das gar nicht thematisieren, da dies in anderen Städten teilweise einzelfallbezogen betrachtet wird. Es hat sich gezeigt, dass der Handel die Standorte nicht in dem Maße präferiert, sondern er andere Möglichkeiten sieht und andererseits ist die Frage, ob man so restriktiv sein soll oder noch andere Standorte benötigt werden. Das ist eine noch offene Frage, der man sich noch stellen will.

**Frau Krimmling-Schoeffler** fragte, ob der Onlinehandel in der Strukturanalyse berücksichtigt worden ist bzw. geprüft wird, ob dieser Auswirkungen auf die bestehenden Angebote in der Stadt Halle (Saale) hat.

**Herr Kummer** erwiderte, dass dies bisher nicht so intensiv analysiert worden ist. Es kann aber festgestellt werden, dass in der Stadt in den einzelnen Sortimentsbranchen der Onlinehandel immer mehr an Raum gewinnt und letztendlich dazu führt, dass die Umsätze im stationären Einzelhandel etwas sinken.

**Herr Loebner** ergänzte, dass in der Gesamtkaufkraft Untersuchungen angestellt wurden und zu verzeichnen ist, dass es ein bundesweiter Trend ist. Im Lebensmittelbereich ist der Onlinehandel sehr gering, wobei bei anderen Konsumgütern dies deutlich höher liegt.

**Herr Kummer** sagte, dass die vollständige Analyse bei Bedarf komplett zur Verfügung gestellt werden kann, da es sich bei der Präsentation um eine gekürzte Variante handelt.

#### **zu 4.2      Zukunftsstadt halle.neu.stadt 2050 – Kernergebnisse aus der 2. Wettbewerbsphase des Projektes**

---

Durch **Herrn Stäglin** wurde eingangs mitgeteilt, dass insgesamt 51 Städte bundesweit an diesem Wettbewerb, der im Wissenschaftsjahr gestartet wurde, teilgenommen und in der 1. Phase Leitbilder entwickelt haben. Aus diesen wurden 23 Städte und Quartiere ausgewählt, die die Förderung für die Entwicklung eines Konzeptes erhalten haben. Am 20.04.18 war unsere Ergebniskonferenz und jetzt ist es Zielsetzung, in den Kreis der Städte hinein zu kommen, die eine Finanzierung für die Umsetzung dieser Ideen erhalten sollen.

Das Zukunftsstadtprojekt verbindet zum einen die Stadt der MODERNE, Halle Neustadt und den Weinbergcampus und das war auch ein Thema, was im Zuge des ISEK diskutiert wurde.

**Herr Stäglin** erläuterte die Kernergebnisse in den einzelnen Aktionsfeldern anhand einer *Präsentation, welche in Session hinterlegt wurde*. Er wies darauf hin, dass in der Beigeordnetenkonferenz am 22. Mai 2018 eine Auswertung der Phase 2 gemacht wird, um über das weitere Vorgehen zu sprechen. Es wird damit gerechnet, dass eine Ausschreibung Ende Mai 2018 erfolgen könnte und die Antragsfrist dann in der Sommerpause enden wird und dass der Bund im Herbst 2018 zu einer Entscheidung kommen wird, wie es damit weitergeht.

Abschließend dankte **Herr Stäglin** allen Akteuren an dem bisherigen Prozess, die sich hier sehr stark eingebracht haben.

**Herr Feigl** fragte zur Muldestraße nach, wie dort die Situation mit noch vorhandenen Gebäuden ist, die für Werkstätten und Arbeitslabore möglich wären. Bisher ist oftmals der Abriss von nicht mehr genutzten Gebäuden in Neustadt erfolgt, deswegen fragte er nach der Nutzung solcher Leerstände.

**Herr Stäglin** antwortete, dass im südlichen Zipfel der Muldestraße ein Bestand ist, der von den Skatern räumlich genutzt wird. Die städtische Infrastruktur wurde abgebrochen und deshalb soll über ein Bieterverfahren geschaut werden, welches Konzept hier vorgelegt wird.

Durch **Herrn Feigl** wurde appelliert, dass leerstehende Gebäude für weitere Nutzungen zur Verfügung gestellt werden sollten und nicht gleich abgerissen werden.

**Frau Kozyk** sprach an, dass direkt an dem Standort keine Wohnbebauung abgerissen wurde, sondern nur die Schule. Die Turnhalle, die noch teilweise dort steht, wird aktiv durch den Congrav e.V. genutzt, welcher auch den Skaterpark nutzt. Dieser Verein war früher in der Nähe vom Bahnhof und musste dort raus und die GWG und deren Tochterfirma haben den Verein bei der Raumsuche unterstützt. Etwas anderes ist für eine Nachnutzung dort nicht vorhanden. Für die Garagen ist, wie bereits angesprochen wurde, eine Zielrichtung vorgesehen und somit stehen diese auch nicht für eine derartige Nutzung zur Verfügung.

**Herr Stäglin** ergänzte hierzu auch an dem Beispiel der „Arche Noah“, die sich weiterentwickelt und demzufolge auch einen größeren Standort bekommen haben. Die Stadt versucht, bei interessierten Personen und Vereinen unterstützend Möglichkeiten zu finden und empfahl, dass Interessenten sich an das Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung wenden, damit potenzielle Nutzer und Eigentümer einer leerstehenden Immobilie zusammengeführt werden können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### **Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/03767**

---

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Beschlussvorlage Wohnungspolitisches Konzept 2018 der Stadt Halle  
(Saale) Vorlage: VI/2018/04029**

---

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD sowie der sachkundigen  
Einwohner\*innen Guido Schwarzendahl, Jana Kozyk, Matthias Lux und Dirk  
Neumann zum wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/03767; Vorlage: VI/2018/04035**

---

**Herr Stäglin** sprach an, dass das wohnungspolitische Konzept den Mitgliedern fristgerecht vorlag und es vorab einen intensiven Arbeitsprozess in einem Arbeitskreis dazu gab, so dass er stichpunkthaft auf die Inhalte des Konzepts einging und hierzu eine Präsentation zeigte.  
*Diese Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Stäglin** erwähnte, dass im Jahr 2017 241.000 Einwohner in der Stadt Halle (Saale)

waren. Er machte deutlich, dass von der Bevölkerungsentwicklung ausgegangen wird und nicht von Architektur gesprochen wird, sondern welche Wohnungsmarkansätze in der Stadt Halle (Saale) bestehen. Es soll geschaut werden, wie durch Sanierungstätigkeiten von Eigentümern Veränderungen in der Mieterstruktur erreicht werden können, um zu sehen, welche Instrumente zur Verfügung stehen bzw. mit Beschluss des Stadtrats zur Verfügung stehen sollen, um auf entsprechende Situationen reagieren zu können.

**Herr Stäglin** äußerte, dass das Wohnungsangebot vielfältiger und bedarfsgerechter werden soll und die soziale Mischung in den Stadtteilen und preiswerter Wohnraum erhalten werden sollen. Für den Neubau von Wohneigentum sollen mehr Flächen angeboten werden, da auch mehr Bevölkerung in der Stadt Halle (Saale) gehalten und eine Abwanderung in das Umland vermieden werden soll. Er wies darauf hin, dass das wohnungspolitische Konzept so aufgebaut ist, dass die einzelnen Handlungsfelder mit Priorität benannt werden und die vorgeschlagenen Maßnahmen diesen einzelnen Handlungsfeldern zugeordnet werden können.

**Herr Stäglin** sprach an, dass zusätzliche Gelder für die soziale Wohnraumförderung in der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene enthalten sind und damit auch für das Land Sachsen-Anhalt eine Chance besteht, die Mittel, die noch nicht verplant wurden, in diese Richtung zu nutzen.

Eine stadträumliche Differenzierung bei den Kosten der Unterkunft muss rechtlich klar geregelt sein, wozu es einer politischen Umsetzung bis in die Bundesebene bedarf, damit eine Chance besteht, dieses Instrument überhaupt anwenden zu können. Weiterhin besteht die Nutzung eines Mietspiegels als Instrument, wo eine größere Klarheit zum Bezugsrahmen auf Bundesebene besteht. Der städtische Anteil der Finanzierung wurde mittelfristig im Haushalt eingestellt, da diese Maßnahme als wichtiges Instrument zum wohnungspolitischen Konzept gesehen wird.

U. a. führte Herr Stäglin zu den vorgeschlagenen Maßnahmen im Konzept noch aus, dass kommunale Grundstücke nach Konzept vergeben werden könnten. Da muss geschaut werden, wo sich solche Flächen anbieten und wie das am besten auf den Weg gebracht werden kann. Die Stadt muss hier für deren Entwicklung genau schauen, welche Flächen sich für so eine strategische Grundstücksreserve anbieten.

**Frau Krimmling-Schoeffler** dankte für die Ausführungen und bat um die Einbringung der beiden vorliegenden Änderungsanträge.

**Frau Dr. Schöps** führte in den Änderungsantrag ihrer Fraktion als Ergänzungsantrag ein. Sie ging auf die Vorgeschichte zu diesem Änderungsantrag ein, da es bereits im Jahr 2013 von ihrer Fraktion einen Antrag zum wohnungspolitischen Konzept gab. Die Fraktion hat es jetzt als Mangel zu dem Punkt 4.1 empfunden, dass als Handlungsfeld auch preisgünstigere Wohnungen in der Innenstadt fehlen und beantragt deswegen einen zusätzlichen Unterpunkt 4.1.3.

**Frau Krimmling-Schoeffler** sprach an, dass der unter dem TOP 5.1.2 stehende Änderungsantrag größtenteils auf Intention der dort benannten sachkundigen Einwohner/-innen entstanden ist und bat Herrn Schwarzendahl um Einführung dazu.

**Herr Schwarzendahl** dankte zuerst allen Beteiligten für die Mitwirkung an diesem Konzept und merkte an, dass Probleme unterschiedlich wahrgenommen werden. Er sprach an, dass in erster Linie bei der Wohnraumversorgung in der Stadt Halle (Saale) ein Qualitäts- und kein Quantitätsproblem besteht. Er wies darauf hin, dass auf einem Wohnungsmarkt immer das Angebot der Nachfrage angeglichen werden sollte, anstatt sich Gedanken zu machen, wie man mit einem knappen Angebot die Preise in irgendeiner Art und Weise festlegt. Er geht

davon aus, dass das Konzept erst in den nächsten Jahren seine Wirkung entfalten wird.

**Herr Schwarzendahl** erläuterte den Hintergrund zu den gewünschten einzelnen Änderungen, die im Änderungsantrag aufgenommen wurden und die auf die Rolle der Wohnungsgenossenschaften abzielen. Die Wohnungsgenossenschaften haben einen anderen Auftrag als die kommunalen Wohnungsunternehmen, nämlich einen Förderauftrag für ihre Genossenschaftsmitglieder. Er machte deutlich, dass Genossenschaften immer ihren Mitgliedern gegenüber verpflichtet sind und damit dem internen Markt ihrer Mitglieder. Die Mitglieder bestimmen im Rahmen des Förderauftrages, was sie von ihrer Genossenschaft erwarten. Er wies auf § 1 des Genossenschaftsgesetzes hin, an denen diese gebunden sind.

Durch **Herrn Schwarzendahl** wurden die im Änderungsantrag aufgeführten gewünschten Änderungen benannt und entsprechend begründet.

**Herr Feigl** sprach an, dass er mit den beiden Änderungsanträgen weitestgehend mitgehen kann, allerdings machte er deutlich, dass er mit der gewünschten ersten Änderung im unter TOP 5.1.2 gestellten Änderungsantrag nicht einverstanden ist. Das im Konzept benannte „sollen“ ist nicht gleichlautend mit „müssen“ und insofern hält er die dort gemachte Formulierung für ausreichend und ist gegen das gewünschte „können“.

**Herr Feigl** bat um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte im Änderungsantrag.

**Frau Krimmling-Schoeffler** stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes einschließlich der gestellten Änderungsanträge und die heutige Behandlung als 1. Lesung anzusehen. Ihre Fraktion ist noch nicht dazu gekommen, dieses Konzept in Gänze zu lesen und zu beraten.

Sie sprach an, dass sie dieses wohnungspolitische Konzept noch gemeinsam mit Herrn Stäglin als zuständigen Beigeordneten beschließen möchte und deshalb um Vorverlegung des Ausschusstermins Juni bittet, da dieser erst nach dem Stadtrat tagt. Sie wies darauf hin, dass man am Ende dieser Sitzung noch einen neuen Termin finden sollte.

**Herr Stäglin** äußerte, dass eine zweite Lesung auch im Interesse seines Geschäftsbereiches ist, damit man sich zu gewünschten Änderungen mit den entsprechenden Bereichen nochmals rückkoppeln kann. Er ging auf den Änderungsantrag, der unter TOP 5.2 läuft, ein und sprach an, dass es sich hier um redaktionelle Hinweise handelt, mit denen die Verwaltung gut leben kann, da sich die Intention der Maßnahme nicht grundsätzlich ändert.

Den Hinweis auf die Fernwärme sieht er als wichtige Ergänzung, die auch im Konzept schon auf Seite 18 gewürdigt wird. Er sieht es nicht als Problem an, die Erwähnung der Fernwärme, wie gewünscht auf Seite 8, zu übernehmen.

Zu dem Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM sprach er an, dass er noch überlegt, ob der Aufbau der vorgeschlagenen neuen Maßnahme so hilfreich ist, da er in der Anfangsformulierung des Ziels deutlich mehr verspricht, als zum Schluss bei der Umsetzung der Maßnahme ist. Das Ziel, welches anfangs genannt wurde, wird selbst eingeschränkt, da es nur Vorhaben von mehr als 20 Wohnungen betrifft. Deswegen überlegt er, ob es nicht sinnvoller ist, die Zieldefinition gleich so zu formulieren, damit der Anspruch, den man hat, bei größeren Neubau- und Modernisierungsprojekten erreicht werden kann. Weil aus seiner Sicht die Anfangsformulierung so pauschal ist, dass man bei einem schnellen Lesen an jedes Grundstück denken könnte.

**Frau Dr. Wünscher** bat darum, dass zu dem Geschäftsordnungsantrag noch abgestimmt wird. Sie sprach an, dass sie nach den Ausführungen von Herrn Schwarzendahl zu dem





## **Auftrag**

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten kommuniziert die Stadtverwaltung gegenüber Trägern von Neubau- und Modernisierungsvorhaben, die mehr als 20 Wohneinheiten umfassen, die klare Erwartungshaltung, dass 20% der Wohneinheiten zu einem Netto-Kaltmietpreis bereitgestellt werden sollen, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20% nicht übersteigt.

### **zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD sowie der sachkundigen Einwohner\*innen Guido Schwarzendahl, Jana Kozyk, Matthias Lux und Dirk Neumann zum wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03767; Vorlage: VI/2018/04035**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

#### **Beschlussvorschlag:**

Das wohnungspolitische Konzept wird auf der Seite 24 (41.2. Kooperationsvereinbarungen mit den Wohnungsgesellschaften schließen) wie folgt geändert:

1. 3. Absatz, 2 Satz: Daher **können** ~~sollen~~ die Wohnungsgenossenschaften dazu beitragen, dass preisgünstiger Wohnraum (...) erhalten wird.
2. 4. Absatz: „Von Seiten der Genossenschaften könnten **z.B.** folgende Maßnahmen ergriffen werden“
3. 4. Absatz, erster Anstrich:“ so dass es heißt, wie folgt: „-flexible Mietpreis- und Belegungsbindungen analog dem HWG-Modell für eine bestimmte Anzahl an Wohnungen in bestimmten Quartieren, **die unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete angeboten werden**“;
4. 5. Absatz, zweiter Anstrich - „Angebot von Grundstücken/Bauland, **für die aus Sicht der Genossenschaften konkrete Vorhaben denkbar sind**, im Rahmen von Konzeptvergabe.
5. **Umformulierung des letzten Satzes auf Seite 24 wie folgt** . „Von Seiten der Stadt wird die Vergabe von kommunalen Grundstücken zugunsten genossenschaftlichen Wohnungsbaus als Direktvergabe oder Konzeptvergabe **beabsichtigt geprüft**“
6. Auf Seite 8 **wird** unter „Stärken“ ergänzt: - **Hoher Fernwärmeversorgungsgrad**

## **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 8      **Mitteilungen**

---

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

## zu 9      **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Es gab keine mündlichen Anfragen.

## zu 10     **Anregungen**

---

### zu 10.1    **Anregung Frau Krimmling-Schoeffler zur weiteren Zusammenarbeit im Ausschuss**

---

**Frau Krimmling-Schoeffler** sprach an, dass sie noch Potential in diesem Ausschuss sieht, was noch ausgeschöpft werden kann. Die Zusammenarbeit kann noch vertieft werden. Da es manchmal eigene Belange betrifft, sollte dies in einem geschützten Raum stattfinden. Sie würde sich dazu mit dem Team Ratsangelegenheiten besprechen. Zu der Versendung der Unterlagen per Post oder E-Mail gibt es auch noch Wünsche, die geklärt werden können. Wenn dies erfolgt ist, informiert sie die Mitglieder zum weiteren Verfahren.

### zu 10.2    **Anregung Frau Krimmling-Schoeffler zu Sitzungstermin im Juni**

---

In gemeinsamer Abstimmung mit den anwesenden Mitgliedern wurde Dienstag, der 05. Juni 2018 um 16.30 Uhr vereinbart. Einige sachkundige Einwohner/-innen entschuldigten sich bereits vorab für ihr Fehlen zu diesem Termin.

**Frau Krimmling-Schoeffler** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Anja Krimmling-Schoeffler  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
stellv. Protokollführerin